

## Kalter Krieg und kalter Waffenstillstand

Die Hoffnungen, die alle Menschen guter Gesinnung bisher auf das Ende des kalten Krieges gesetzt haben, erfüllen sich noch nicht. Allgemein ist der Friedenswille fast so groß wie die Furcht vor dem Krieg. Aber die Entwicklung seit 1945 hat die Methoden der Gegensätze kompliziert, die Mittel des kalten Krieges sind stärker geworden als der Zwang, ihn abzubrechen. Zu diesen Methoden gehört auch ein gewisser moralischer Druck auf die freie Würdigung der heute schon geschichtlich gewordenen Anfänge dieses Krieges, die schon während des wirklichen Krieges bemerkt worden sind. Schon um 1943 sah man in England und in Amerika voraus, daß dem Krieg gegen Deutschland eine Spannung zwischen den Großen Drei folgen werde. Es wäre ebenso falsch, daraus zu folgern, daß sie in den angelsächsischen Ländern gewollt wurde, wie daß sie außerhalb der angelsächsischen Außenpolitik liegen würde. Für England stand nach jedem gewonnenen Weltkrieg der stärkste Bundesgenosse im Verdacht, sich zum nächsten Feind zu entwickeln. Gegen die Gefahr einer französischen Vormachtstellung auf dem Kontinent rüstete sich die britische Außenpolitik schon 1917, und sie hat von 1919 an zu Frankreich keine andere Beziehungen gehabt als nach 1945 zu Rußland. Der enorme Unterschied zwischen beiden Situationen besteht darin, daß Rußland den europäischen Zusammenbruch zu möglichst weiten Tiefstößen nach Europa hinein auszunützen und das Schwächenfeld so gründlich wie möglich zu unterwühlen gedachte. Die Weltrevolution war der Traktor des russischen Imperialismus und umgekehrt. Seine Aggressivität aus Prinzip verstärkte die britisch-amerikanische Tendenz, in ihm einen potentiellen Gegner zu sehen. Das wiederum hat seine Gegnerschaft gesteigert. Unzweifelhaft hat aber Rußland zuerst vertragliche territoriale Bestimmungen als Fetzen Papier behandelt. Daran zu erinnern ist ein Verdienst des Artikels *Der Fall Karpathorußland*, den Dr. J. W. Brügel als „Beitrag zur Entstehungsgeschichte des kalten Krieges“ im *Europa-Archiv* (20) veröffentlicht.

Brügels Darstellung ist unantastbar. Rußland hat die Vormünchener Grenzen der Tschechoslowakei wiederholt anerkannt, zuletzt in dem Freundschaftsvertrag mit Benesch von 1943. Sie wurden auch von den tschechischen Kommunisten zunächst respektiert. Die Wiederherstellung der tschechoslowakischen Souveränität in Karpathorußland wurde im Vertrag von 1944 als *innenpolitische* Angelegenheit der Regierung Beneschs neu besiegelt. Kaum waren aber die russischen Truppen in diese östlichste

Provinz der Tschechoslowakei eingerückt, als der *Sender Kiew* die Propaganda zur Annexion von Karpathorußland eröffnete, die russischen Kommandos die karpathorussischen Tschechoslowaken in die Rote Armee steckten, obwohl die Aufstellung einer tschechoslowakischen Armee vertraglich vorgesehen war. Stalin erzwang die Abtretung, und Benesch wurde in Moskau zu einem neuen Hacha. Der Vertrag sah zwar die Aufrechterhaltung der alten slowakischen Ostgrenze vor; aber nicht einmal das wurde eingehalten. Wie Hitler München auf der Landkarte nachträglich korrigierte, so auch Stalin das seine; in der Landkarte zum Vertrag war der wichtige slowakische Eisenbahnknotenpunkt Cop russisch geworden. Damit hatte Rußland den kalten Eroberungskrieg eröffnet und sofort mit einer Annexion gekrönt. Es war, wie Brügel richtig schreibt, eine Generalprobe für weitere Vorstöße. In Jalta wurde dieser erste Gewaltstreik gar nicht erörtert, aber er war den Beteiligten bekannt, sie handelten nur noch im „Als ob“ ungetrübter Allianzen. Gerade dadurch wirkte die britische, später die amerikanische Politik als Initiative zu einem neuen Spannungsverhältnis. Es zeigte sich wieder einmal, daß Wahrheiten, die man aus Furcht verhüllt, unter der Verhüllung krebsartig wuchern.

Würde man die Geschichte des kalten Krieges von diesem Sündenfall aus weiterschreiben, so müßte man dann auch zum folgenden, fast schon vergessenen Positionswechsel Stellung nehmen: Zuerst waren Churchill und Bevin für Rußland der Feind Nr. 1, vor dem es bei Amerika Schutz suchte; dann wurde es Truman. Heute konzentriert sich die Verständigungsidee auf England mit anti-amerikanischer Pointierung. Was man einen englisch-amerikanischen Gegensatz nennt, ist aber mit Vorsicht anzusehen. Die Erklärungen, die dazu britische und französische „Links“-politiker in einer Debatte über den kalten Krieg in der *Tribüne des Peuples* (3) geben, berühren knapp die tagespolitischen Probleme. B. Castle, Mitglied des Exekutivkomitees der Labour Party geht so weit, im Erfassen dieses Gegensatzes eine Kardinalfrage zu sehen. Er wie Daniel Mayer, früherer Minister der französischen Sozialdemokratie, C. Bourdet, der Herausgeber des *Observateur*, heben die Gegensätze in der Frage des kontinentalen China als Mitglied der Vereinten Nationen hervor. Ohne mit den Konsequenzen, die sie sich davon versprechen, übereinzustimmen, kann man dieser Forderung auf der festen Grundlage einer *Politik der fünf Imperien* nur nachdrücklich zustimmen. Anders steht es mit der sogenannten Kolonialfrage, die mit dem kalten Krieg schlechthin nichts zu tun hat. Die Völker Asiens werden ihr Recht auf nationale Selbstbestimmung — die in Afrika zu einer Verzerrung der Idee geführt hat — nicht vom kalten oder lauen

Krieg abhängig machen, und Rußland wird nie aufhören, alle Unzufriedenen vor seinen Wagen zu spannen. Wenn von dieser Jahrhundertfrage das Ende des kalten Krieges abhängen sollte, würden wir es nicht erleben.

Die Anzeichen einer russischen Verständigungsbereitschaft wurden von den Mitarbeitern der *Tribune des Peuples* überschätzt, und so verdient heute die Stimme Gehör, die im BBC die Frage „kalter Waffenstillstand nach kaltem Krieg?“ gestellt hat. Es war *William Clark* von der Redaktion des *Observer*, jener Wochenzeitschrift, die während des Krieges unermüdlich die Teilung Europas, die inzwischen wahr geworden ist, gefordert hat. Clarks Vortrag ist im *Listener* (1287) veröffentlicht, der auch die anderen Vorträge dieser neuen Serie bringen wird.

Clark weist auf die Fülle ungelöster Grenz- und Besitzverhältnisse hin, die leichter im gegenwärtigen Zustand zu erhalten als zu lösen sind. Er nennt: Triest, die israelisch-jordanische Grenze, Kaschmir, die Spaltung von Korea und Deutschland. Er zitiert das französische Sprichwort „Nichts dauert als das Provisorium“ und kommt zu dem Schluß, daß jeder Versuch, das Bestehende zu legalisieren oder umzustößeln, die Schwierigkeiten vergrößern müßte, wie eben der Sturm in den Straßen von Triest bewiesen hat. Clark ist der Auffassung, wir stehen bereits am Ende des kalten Krieges und zu Beginn des kalten Waffenstillstands. Die Phase der *faits accomplis* nach dem Muster von Prag, der militärischen Aggression durch einen Tributstaat wie in Nordkorea, scheinen beendet zu sein, und beide Parteien könnten, ohne es ausdrücklich zuzugeben, den gegenwärtigen Status als Provisorium ohne Zeitbegrenzung hinnehmen. Mit dem Wort kalter Waffenstillstand, über den man übrigens auch in Korea sobald nicht hinausgelangen wird, wäre die diplomatische Lage nach oder durch den Tod Stalins wirkungsvoll charakterisiert. Vielleicht ist es sogar als ein bitterer Fortschritt zu begrüßen.

## Der Anti-Kolonialismus

Den kalten Krieg durch den Kolonialismus der kapitalistischen Staaten erklären, heißt die Weltpolitik vernebeln. Die Führung des Anti-Kolonialismus Rußland überlassen, heißt die Kolonialisierung verewigen.

Rußland ist heute die reaktionärste Kolonialmacht der Welt, keine andere Macht hat so viele zivilisierte Völker unter das Gesetz kolonialer Ausbeutung durch eine Herrenmacht gestellt. Mit den Methoden des russischen Kolonialismus haben sich *Hommes et Mondes* mehrmals beschäftigt. Sie erklärten u. a. auch die Gründe, aus denen die Verfassung den wichtigsten Teil Sibirien an die großrussische

„Sowjetrepublik angeschlossen hat. Das hat die Position der Großrussen als des führenden Volks der „Sowjetvölker machtpolitisch gestärkt.

Ein neuer Beitrag von *Marius Peltier* in *Hommes et Mondes* (88) hat die große Kolonialleistung der Russen in Sibirien anerkannt. Die Kolonisierung paßt sich den Gegebenheiten der Völker an. Die polaren Völker sind kulturlos, die zentralasiatischen besitzen im Islam, in alten handwerklichen Traditionen und durch den Einfluß ihrer Nachbarn die Stärke eigener Zivilisationen. Die bolschewistische Aufgabe bestand in einer strengeren Russifizierung dieser Gebiete, um sie dem Einfluß des Korans und der nachbarlichen Kulturen zu entziehen. Zuerst wurde ein Stammesnationalismus hochgezüchtet, dann als Abweichung verdammt und zuletzt dem großrussischen untergeordnet. Hand in Hand geht eine große ökonomische Entwicklung, die aber nie den natürlichen Interessen der Kolonie dient, sondern der gesamtrussischen imperialen Wirtschaft. Das ist mit einem Anti-Kolonialismus unvereinbar. Alle Völkergebiete Zentralasiens und der polaren Regionen, ganz gleich wie man sie bezeichnet: autonome Republiken, Nationalgebiete, Territorien, sind einfach Protektorate. Ihre Unabhängigkeit innerhalb der „Sowjetunion ist eine Fiktion, es gibt keinen Unterschied oder nur einen negativen, zwischen Tunis und Usbekistan, zwischen dem Senegal und der baschkirischen Republik usw. Auch der Wirtschaftsverkehr ist „kolonial“: die Kolonien liefern erstklassige Rohstoffe und erhalten drittklassige Fertigwaren, infolge der Unzulänglichkeit der Konsumindustrie mit Verzug. Die Kolonie arbeitet zugunsten des Staatskapitalismus. Mit einer Konsequenz, die in der westlichen Welt unvorstellbar ist, werden Völker wie Waren verschoben, Großrussen an ihre Stelle gesetzt. Der russische Kolonialismus ist ein *Kolonial-Nationalismus*, er hat in unserer Zeit des Anti-Kolonialismus die Vertreibung von Völkern von ihrem Boden gewagt und ihre Ersetzung durch Großrussen systematisch betrieben. Die Landkarte zeigt den breiten Grenzstreifen, der, von Großrussen neu besiedelt, vom Westzipfel des Baikalsees bis nach Wladiwostok reicht. Eine Bevölkerung zuverlässiger Großrussen trennt von der äußeren Mongolei bis nach Wladiwostok China von Rußland; die neu geschaffene Grenzmark bildet einen Puffer zwischen den Völkern, die sich gegen die Großrussen verständigen könnten.

Die Vereinigten Staaten bleiben als frühere britische Kolonie hinter der anti-kolonialistischen Ideologie des Bolschewismus nicht so weit zurück. Der Kolonialismus alten Stils entspricht eben nicht der ökonomischen Ideologie eines Landes, das nur an der Kolonisierung der wertvollsten Rohstoffe, am Export

von Kapitalgütern und Leih- und Schenk-kapital, an der außen- und wirtschaftspolitischen Kontrolle in Form der offenen Tür für Beobachter und Berater Interesse hat.

Die Zersplitterung der Kolonialwelt in pseudounabhängige Gebiete hat aber für alle Mächte und Völker nur Nachteile, von denen man sich in Amerika endlich Rechenschaft ablegt. Dies beweist ein Beitrag in der früheren außenpolitischen Zeitschrift Amerikas *Foreign Affairs* (4) von *Clyde Eagleton*, Professor für internationales Recht an der Universität New York. Gerade weil die Amerikaner mit dem Selbstbestimmungsrecht der Kolonialvölker sympathisieren, macht er auf die Gefahr einer Bewegung aufmerksam, die durch Exzesse sich selber untreu wird. Die Unabhängigkeit kleiner, schwach besiedelter, keiner Selbstverwaltung fähiger Gebiete verdient diesen Namen nicht. Der Verfasser zitiert als Beispiel Libyen und Italienisch-Somaliland. Schließlich bedeutet der Kleinstaat, der sich selbst nicht verteidigen kann, eine Belastung der Vereinten Nationen, das heißt der Großmächte, auf denen die Last der Verteidigung ruht. Heute sind schon drei Viertel der Mitgliedstaaten außerstande, sich militärisch oder ökonomisch zu erhalten. Als Organisation könnten die Vereinten Nationen durch ein wachsendes Mißverhältnis zwischen Mitgliedschaft und Leistung schwere Störungen erleiden. — Es scheint, daß diese späte Erkenntnis Amerika heute schon zu einer vorsichtigeren Haltung in Nordafrika veranlaßt hat.

### Wirkung von Zeitschriften

Das Oktoberheft des *Hochland* ist einer Feier gewidmet, die bloß häuslich wäre, wenn sie nicht erhebliche Teile des deutschen Volkes und des europäischen Katholizismus angehen würde. Vor 50 Jahren erschien das Hochland zum erstenmal, eine Gründung von *Carl Math*, der mit großem Verständnis für die direkte und kontinuierliche Wirkung von Zeitschriften den deutschen Katholizismus aus seinem geistigen Getto mit Hilfe einer Zeitschrift herausholen und in die Mitte seiner eigenen befreien und befreienden Kräfte stellen wollte. Das ist Carl Muth gelungen. Er hat dem Wort und dem Bild in der deutschen katholischen Welt den Rang gegeben, der damals in den Zeitschriften der freigeistigen Welt eine Selbstverständlichkeit war. Das Lebenswerk Muths fiel mit einer überwältigenden Durchbruchskraft des Katholizismus im Geistigen und Künstlerischen zusammen. Während zu Beginn des Jahrhunderts noch der Rationalismus, der ästhetische Symbolismus, der Wissenschafts- aberglaube und ein verschwommener pantheistischer Naturglaube vorherrschten, ist seitdem die Zahl der bedeutenden Dichter, Philosophen, Soziologen, die wirkende, praktizierende und

missionierende Katholiken sind, Legion geworden. In jedem Lande Europas steht der katholische Dichter und Denker in der ersten Reihe der schaffenden Kräfte. Diese Entwicklung nahm Muth mit der Gründung des Hochlands vorweg. Sein Leben war erfüllend und erfüllt, es wird früher oder später in die Anonymität des geschichtlichen Werdens zurückkehren.

Nicht vergessen sei aber auch des gläubigen Widerstandes Carl Muths gegen die Herrschaft des Verbrechens. Aus seinem Hause ging die Aufrührerbewegung der *Weißten Rose* hervor. Der ruhmvolle Tod der *Geschwister Scholl* und ihrer Freunde krönt das Muthsche Lebenswerk. Es hat Demut und Heldentum für die gute Sache weit verbreitet. Und wie alles, was aus der schöpferischen Freiheit und der geschöpflichen Bindung des Menschen auch in einen wahren Sozialismus münden kann, ist das Hochland, das weder konservativ noch liberal sein will, ein Katalysator des Neuen.

Das 51. Jahr nach der Gründung ist das 46. der Zeitschrift, die 1941 unterdrückt wurde. Das neue Heft stellt 39 Mitarbeiter im Bilde vor, wer sie gelesen hat, wird sie gern betrachten. Die Beiträge sind dem schönen Anlaß angemessen. Das Verhältnis zur Gewerkschaftsbewegung wird vom Herausgeber *Franz Joseph Schöningh* in seinem Beitrag über die Mittelstellung des Hochlands zwischen konservativ und liberal berührt. In ein Dankwort für 50-jähriges Wirken gehört keine Polemik. Immerhin sei bemerkt, daß diese Stellungnahme eine Abgrenzung nötig machen würde, gerade, weil Schöningh zwar Richtiges sagt, aber über das Gegebene nicht hinausweist. Hoffen wir, daß in der politischen Situation Deutschlands das Hochland sich neuen Ideen weit offen halten wird.

Die Stellung geistig bedeutender Zeitschriften im Ausland läßt sich mit der im deutschen Sprachgebiet nicht vergleichen. Sie bilden einen geistigen, vielfach auch einen geselligen Mittelpunkt. Gemeinsame Abende von Mitarbeitern und Lesern sind nicht selten. *Socialist Commentary* ist gewiß keine politische Macht, aber zu einem Tee-Empfang der Zeitschrift anläßlich der letzten Labour-Konferenz in Margate fanden sich hunderte Personen ein, darunter Attlee, Ernest Jones, Vizepräsident der Bergarbeiter, Griffith, Gaitskell und so weiter. Die Unabhängigkeit der Redaktion von persönlichen Einflüssen, die objektive Bemühung um die Fortentwicklung der Idee und die Profilierung der Probleme fanden die verdiente Anerkennung. Die Zeitschrift steht im 17. Jahrgang und wird auch weiter der Sache des britischen Sozialismus — dei ein anderer als der europäische ist — gute Dienste leisten.

FELIX STÖSSINGER